



Schweizerischer Bankpersonalverband
Association suisse des employés de banque
Associazione svizzera degli impiegati di banca

Medienmitteilung

UBS: Keine Kostenreduktion ohne Opfersymmetrie

Das heute von der UBS verkündete Ziel, trotz einem Quartalsgewinn von CHF 1 Milliarde in den nächsten zwei Jahren die Kosten um CHF 1,5 bis 2 Milliarden zu reduzieren, beunruhigt den Schweizerischen Bankpersonalverband (SBPV).

In den letzten drei Jahren hat das UBS Personal in der Schweiz bereits einen beträchtlichen Beitrag zur Kostensenkung durch Stellenabbau und Outsourcing erbracht. Weitere Kostensenkungen müssen nun auf der Direktionsstufe und im Investmentbanking erfolgen, wo die Löhne in den vergangenen Jahren stark überproportional gewachsen sind. Der SBPV verlangt eine Opfersymmetrie.

Lohnsystem muss überprüft werden

Die Bonuspolitik und die Beurteilungssysteme, an die die Leistungslöhne gekoppelt sind, haben eine aussergewöhnliche Lohnexplosion im Topmanagement und im Investmentbanking bewirkt, ohne dass die Empfänger aussergewöhnliche Resultate erzielt haben. Zur Erinnerung: Im Jahre 2010 betrug der Lohn der 13 Mitglieder der UBS Konzernleitung CHF 91 Mio., was eine Erhöhung von 34% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Gleichzeitig konnte für das UBS-Personal in der Schweiz bloss eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2% ausgehandelt werden. Wo die Kosten aus dem Ruder gelaufen sind, ist das Einsparpotenzial entsprechend hoch.

Keine Arbeitsplatzreduktion ohne Sozialdialog

Die letzten Jahre waren von einer Personalpolitik geprägt, die durch die Angestellten und ihre Vertreter stark kritisiert worden ist: Elitäres Beurteilungssystem, kontraproduktive Arbeitsplatzverlagerungen und gravierender Stellenabbau. Zusätzliche Einbussen, welche die Bankangestellten noch erbringen sollen, müssen unabhängig von Personalbeurteilungen erfolgen. Diese sind weder objektiv noch transparent. Personalvertreter und externe Sozialpartner müssen umgehend in die Lösungssuche miteinbezogen werden, damit die Angestellten ihre Ansichten und Anliegen rechtzeitig einbringen können. Das Personal und ihre Vertreter verfolgen das Ziel, den Finanzplatz Schweiz zu verteidigen und die Arbeitsplätze langfristig im Interesse aller Angestellten des Finanzsektors zu erhalten.

Bern, 26. Juli 2011

Für weitere Auskünfte:

Denise Chervet, Zentralsekretärin SBPV
denise.chervet@aseb.ch
T +41 79 408 92 40

Ab 16 Uhr auch Peter René Wyder, Zentralpräsident SBPV
T 41 31 328 35 35